im Stadtrat von Sankt Augustin

Ihr/e Gesprächspartner/in: M. Metz, W. Köhler, A. Breinlich, G. Piéla, M. Ruland, M. Schulenburg

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, 10,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Dringlichkeitsantrag

Datum: 14.09.2007
Drucksachen-Nr.: 07/0354

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	19.09.2007	öffentlich / Entscheidung

Betreff

"Für eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidung über die Verlängerung der Betriebsgenehmigung des Flughafens Köln/Bonn"

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Sankt Augustin fordert den Landesverkehrsminister als Genehmigungsbehörde für die Betriebsgenehmigung des Flughafen Köln/Bonn auf, keine Verlängerung der Betriebsgenehmigung ohne Beratung im Landtag vorzunehmen. Vor einer Entscheidung über den Antrag des Flughafens Köln/Bonn auf Verlängerung der Betriebsgenehmigung bis 2030 sollen die Anliegerkommunen und die Fluglärmkommission beteiligt werden sowie die Gespräche mit den Initiativen gegen den Fluglärm und die Ärzteinitiative Rhein-Sieg stattfinden."

Problembeschreibung/Fragestellung:

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat den Antrag gestellt, die bestehende Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn um 15 Jahre bis zum Jahr 2030 zu verlängern. Mit Schreiben vom 11. September 2007 an den Ausschuss für Bauen und Verkehrs des Landtags teilt Landesverkehrsminister Oliver Wittke mit, dass eine Beteiligung des Landtags an der Entscheidung über eine Verlängerung der Nachtflugregelung nicht vorgesehen sei. Das Ministerium werde die Entscheidung als Verwaltungsbehörde treffen. Die Fluglärmkommission solle in ihrer

nächsten Sitzung am 22. Oktober 2007 informiert werden.
Eine Entscheidung dieser Tragweite hätte erhebliche Auswirkungen auf die Stadt Sankt Augustin. Die Wohnqualität in der Stadt ist durch den vom Flughafen Köln/Bonn ausgehenden Fluglärm in manchen Stadtteilen erheblich beeinträchtigt.
Deshalb muss die Stadt Sankt Augustin ein gewichtiges Interesse haben, dass die Beratung des Antrags der Flughafengesellschaft öffentlich und im Landtag erfolgt. Für die Stadt Sankt Augustin bestünden so bessere Informations- und Einflussmöglichkeiten, um ihre Interessen zu vertreten.
Der Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises hat in seiner Sitzung am 10. September 2007 einstimmig einen gleichlautenden Beschluss gefasst.

Begründung der Dringlichkeit:

Die nächsten in Frage kommenden Sitzungstermine der Ratsgremien der Stadt Sankt Augustin für eine Behandlung dieses Antrags wären:

- Haupt- und Finanzausschuss am 17.10.2007
- Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.10.2007
- Stadtrat am 14.11.2007

Angesichts der Tatsache, dass...

- die Stadt Sankt Augustin einen Vertreter in der Beratungskommission des Flughafens Köln/Bonn stellt, der in der Sitzung am 22. Oktober 2007 die Position der Stadt Sankt Augustin zu vertreten hat,
- der Landesverkehrsminister angekündigt hat, die Entscheidung alleine auf dem Verwaltungsweg zu treffen und damit für die Öffentlichkeit kein Zeithorizont über den Verfahrensweg ersichtlich ist,

besteht für eine Positionierung der Stadt als betroffener Kommune erheblicher Zeitdruck.
Damit ist die Dringlichkeit gegeben.

A. Breinlich gez. M. Metz, gez. G. Piéla gez. M. Ruland
gez. W. Köhler gez. M. Schulenburg